



BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

NEWSLETTER SEPTEMBER 2026

BERND RÜTZEL

Mitglied des
Deutschen Bundestages

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg

Betreuungswahlkreise:

Aschaffenburg und Würzburg

WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13

97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563

Fax 09351 6058298

bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 227 73434

Fax 030 227 76433

bernd.ruetzel@bundestag.de

MIT NUR EINEM KLIICK:



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

der 1. September ist für viele eine Wegmarke. Viele von uns erinnern sich gut und mit Stolz an ihren Ausbildungsbeginn. Bei mir war dies 1983 der Fall. Ich war 14. Die Hauptschule war abgeschlossen und ich begann bei der Deutschen Bundesbahn in Würzburg eine Lehre zum Maschinenschlosser. Diese Zeit hat mich sehr geprägt und ich möchte keinen Tag davon missen. Es war für mich ein Fundament, auf das ich aufbauen konnte. Nun habe ich im DGB-Ausbildungsreport gelesen, dass sich jeder zweite Azubi psychisch unter Druck gesetzt fühlt. Dazu will ich zweierlei sagen: Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Mir gefallen diese kurzen Sprüche, weil sie schonungslos und knallhart daherkommen. Wichtiger ist aber: Auszubildende darf man nicht ausnutzen, sie sind keine billigen Arbeitskräfte. Ihnen muss was beigebracht werden, ob am Schraubstock, im Büro, am Pflegebett oder im Dienstleistungsbereich. Man muss sie anlernen und man muss auch ihre Nöte und Sorgen ernst nehmen. Man muss es gut mit Ihnen meinen. Das ist viel wichtiger. Denn junge Menschen sind auch auf der Suche und oftmals zerbrechlicher als man meint. Es gilt, sie gut zu unterstützen. Das sollten sich alle, die auf der anderen Seite stehen und ausbilden, hinter die Ohren schreiben. Schließlich waren sie selbst auch mal Lehrlinge. Für mich beginnt jetzt das 44. Ausbildungsjahr.

Gute Lektüre! Ihr/ Dein

Bernd Rützel

3



Hohenroth im Bundestag

5



Lieferketten-Gesetz

5



BAföG-Erhöhung

6



Dank an Feuerwehren

KLARTEXT

HITZE IST NICHT GLEICH HITZE



Hitze macht keinen Unterschied? Doch. Sie trifft zwar alle – aber längst nicht alle gleich. Wer in einer gut sanierten Wohnung mit Jalousien, Dämmung und vielleicht sogar Klimaanlage lebt,

kann sich schützen. Wer dagegen in einer kleinen, schlecht isolierten Wohnung im Wohnblock lebt, hat diese Möglichkeit oft nicht. Gerade Menschen mit wenig Einkommen wohnen häufiger in dicht bebauten Vierteln mit wenig Grün, wo sich die Hitze staut und es selbst nachts kaum abkühlt.

Deshalb sage ich als Sozialpolitiker ganz klar: Hitzeschutz ist Sozialpolitik. Denn besonders gefährdet sind ältere Menschen, Kranke und Menschen mit Behinderungen. Auch kleine Kinder brauchen besonderen Schutz. In Pflegeheimen, Kitas und Schulen können überhitzte Räume zur echten Gefahr werden. Und wer im Freien arbeitet, kann der Hitze nicht einfach ausweichen. Was wir brauchen, ist deshalb mehr als ein paar gute Ratschläge zum Trinken und Lüften.

Wir brauchen Investitionen: in schattige Plätze, Bäume und entsiegelte Flächen, in Trinkbrunnen und vor allem in unsere sozialen Einrichtungen. Wohnungen müssen so saniert werden, dass Menschen auch bei 35 Grad noch gesund leben können. Und Kommunen brauchen dafür Unterstützung. Genau hier liegt der Unterschied zur Union: Sie lehnt eine stärkere Verantwortung des Bundes beim Hitzeschutz ab und verweist auf bestehende Zuständigkeiten. Wir als SPD-Fraktion hingegen haben (endlich) verstanden: Hitzeschutz darf nicht davon abhängen, ob eine Kommune zufällig genug Geld und Personal hat. Noch im vergangenen Jahr wurden soziale Einrichtungen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt. Das war ein Projekt der Ampelkoalition. 2026 wurden diese Mittel gestrichen. Für mich ist klar: Hitzeschutz ist keine Luxuspolitik, sondern soziale Verantwortung. Und genau deshalb gehört Hitzeschutz auf die politische Tagesordnung – nicht irgendwann, sondern jetzt. Ja, es wird Zeit. Wir haben es verstanden. Die Union noch nicht.

ZITAT DES MONATS

„Demokratie kennt keinen Schaukelstuhl. Solange der Kopf klar ist, ist man mitverantwortlich.“

Franz Müntefering
ehem. Bundesarbeitsminister, Vizekanzler
und SPD-Bundesvorsitzender

BERLIN

HOHENROTH IM BUNDESTAG



SOS-Kinderdorf Hohenroth

Dieses Bild erreichte mich aus dem SOS-Kinderdorf Hohenroth: Die Gruppe war im Juli in Berlin, organisiert durch das Bundespresseamt und mein Büro. Ich freue mich, dass die Reise ein besonderes Erlebnis für die Bewohnerinnen und Bewohner aus Hohenroth war. Das Bild wurde beim Besuch im Paul-Löbe-Haus aufgenommen. Insgesamt waren 50 Bürgerinnen und Bürger aus AB, MIL, MSP und WÜ zu Gast.

RENTEN-FAKTEN Teil VI

Immer wieder hört man die Forderung, die Renten künftig nach der Inflation, statt nach der Lohnentwicklung anzupassen. Das würde eine dauerhafte Abkopplung der älteren Bevölkerung vom allgemeinen Wohlstandszuwachs bedeuten. Das Risiko der Altersarmut würde nochmal deutlich steigen. Dies lässt sich am Beispiel einer fiktiven Frau im

RENTEN-INTERVIEW MIT PHOENIX



Anfang August bekam ich eine Interviewanfrage der Moderatorin Tina Dauster von Phoenix-TV zur Rentenreform. Meine Position ist klar: Wer 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss auch weiterhin mit 65 ohne Abschlüsse in Rente gehen können. Die Rentenkommission schlägt vor, dies abzuschaffen.

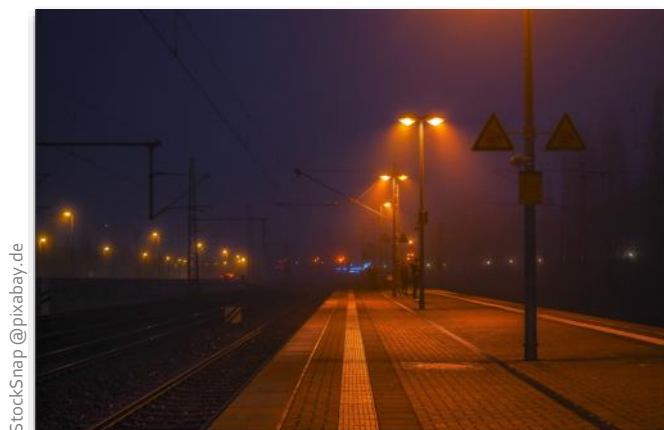
Immer mehr Stimmen der Vernunft sind zu hören, die das kritisieren. Schließlich geht es um Lebensleistung und Respekt. Das braucht Anerkennung und dafür setze ich mich ein. Das Thema ist für mich von zentraler Wichtigkeit, das machte ich bei Phoenix deutlich, so dass sich Frau Dauster für „das leidenschaftliche Interview am frühen Morgen“ explizit bedankte. Das Video gibt es auf YouTube mit Klick auf das Foto.

Alter von 65 Jahren veranschaulichen, die heute eine Rente von 1.100 Euro hat. Stirbt diese Frau im Jahr 2055, würde ihre Rente zu diesem Zeitpunkt bei einer durchschnittlichen Lohnerhöhungsrate um 3 Prozent dann bei 2.700 Euro liegen, bei einem durchschnittlichen Preisanstieg entsprechend EZB-Ziel von 2 Prozent aber nur noch bei 2.000 Euro. Ich halte das für einen riesigen Fehler.

FLG IM BUNDESTAG

Als Schulvereinsvorsitzender des Friedrich-List-Gymnasiums aus Gemünden ist es mir ein persönliches Anliegen, den Schülerinnen und Schülern einen schönen Besuch im Bundestag zu ermöglichen. Für mich ist man nie zu „jung“ für Demokratie. Deshalb war es mir sehr wichtig, die über 50 Schülerinnen und Schüler mit in meinen Ausschusssaal zu nehmen und zu hören, bei welchen Themen ihnen zu wenig zugehört wird. Auch haben wir über die Wehrpflicht, den ÖPNV und praktische Fragen des Abgeordnetenseins gesprochen. Am Ende gab es noch eine Hausführung von mir, bei der ich die historischen Orte im Gebäude zeigen konnte. Der Bundestag gehört uns allen und ich freue mich schon auf weiteren Besuch!

Es gibt ein schönes Video mit Eindrücken vom Besuch. Einfach auf das Foto klicken:



StockSnap @pixabay.de

BAHNHÖFE

MEHR SICHERHEIT

Mit dem neuen Bundespolizeigesetz stellen wir die Sicherheit an Bahnhöfen und in Zügen auf eine zeitgemäße Grundlage. Erstmals kann die Bundespolizei verbindliche Sicherheitsstandards für Bahnhöfe festlegen, die von den Bahnunternehmen im Einvernehmen mit ihr umgesetzt werden müssen. Damit erhält die Bundespolizei mehr Einfluss auf die Sicherheitskonzepte an den Verkehrsknotenpunkten des Landes. Die Zeiten, in denen die Bahnunternehmen und Bahnhofsbetreiber alleine entscheiden, wie sie die Sicherheit organisieren und ob sie die Sicherheit von wirtschaftlichen Erwägungen abhängig machen, sind also ab sofort vorbei.

Zugleich schafft das Gesetz die Grundlage für den Einsatz moderner Technologien. KI und automatisierte Analysen sollen künftig dabei helfen, terroristische Gefährder zu erkennen, Entführungen und Menschenhandel aufzuklären oder vermisste Menschen in akuter Lebensgefahr schneller zu finden. Die neuen Befugnisse sind dabei an enge gesetzliche Voraussetzungen gebunden, das war uns als SPD-Fraktion sehr wichtig.



StockSnap @pixabay.de

CHANCEN

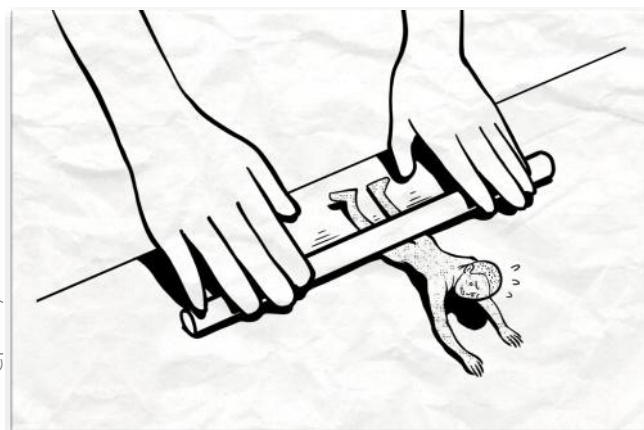
BAFÖG-ERHÖHUNG

Auch mit der im Kabinett beschlossenen BAföG-Reform wird ein klares Zeichen für Chancengerechtigkeit und die Unterstützung von Familien gesetzt.

Auch eine gute Ausbildung und ein erfolgreiches Studium dürfen nicht davon abhängen, wie viel die Eltern verdienen. Unser Ziel ist und bleibt, dass jede und jeder das eigene Potenzial verwirklichen kann – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder finanziellem Hintergrund.

Die Wohnkostenpauschale für Studierende, die nicht im Elternhaus wohnen, wird von 380 auf 440 Euro angehoben. Die Bedarfssätze werden schrittweise erhöht: zum Wintersemester 2027/28 von 475 Euro auf 503 Euro und zum Sommersemester 2029 auf das aktuelle Grundsicherungsniveau von 563 Euro.

Beide Erhöhungen machen zusammen eine Steigerung von fast 22 Prozent oder 148 Euro aus. Im Jahr 2025 erhielten nach neuen Zahlen des Statistischen Bundesamts 443.100 Studierende und 126.900 Schülerinnen und Schüler eine BAföG-Förderung.



CDD20 @pixabay.de

LIEFERKETTEN

GESETZ WIRD SABOTIERT

Die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau über die Aushöhlung der Lieferkettengesetze in der EU und in Deutschland (Artikel siehe [► HIER ◀](#)) hat heftige Reaktionen nach sich gezogen. Die Zeitung hatte zusammen mit der Online-Plattform „Frag den Staat“ aufgedeckt, dass das Bundeswirtschaftsministerium nach Treffen mit Lobbyisten internationaler Rohstoff- und Energiekonzerne half, das Gesetz auf EU-Ebene abzuschwächen – um das sodann auch auf Deutschland auszuweiten. Das habe ich als Berichterstatter meiner Fraktion für das Lieferkettengesetz der Frankfurter Rundschau dazu gesagt: „Es ärgert mich, dass einige immer noch glauben, die Wirtschaft würde brummen, wenn wir nur keine Menschenrechte beachten müssten. Das Gegenteil ist der Fall. Mit Sorgfaltspflichten kennen wir unsere Lieferketten besser. Einige Unternehmen sind da bereits viel weiter als manche Politiker, die an alten Zöpfen festhalten wollen. Gerade diese Unternehmen dürfen jetzt nicht die Dummen sein. Eine zukunftsfähige Wirtschaft floriert nicht durch das Senken von Standards, sondern durch Innovation, Verlässlichkeit und fairen Wettbewerb.“

VOR ORT

**Vielen herzlichen Dank
allen Feuerwehrleuten,
die in den letzten
Tagen etliche Brände bekämpft haben.
Ich denke da an die Feuer in der Region,
aber auch an die schlimmen Brände in
ganz Deutschland und Europa.**



**Deshalb noch einmal vielen Dank für
Euren Dienst für uns alle!**

HISTORISCHE DAMPFLOKS

Der Geruch von Öl, Eisen und Kohle liegt in der Luft - und erinnert an längst vergangene Tage, als noch Dampflokomotiven den Schienenverkehr dominierten. Im Würzburger Lokschuppen durfte ich fünf der alten Stahlrösser begutachten. Für mich als Eisenbahner war das schon lange ein Herzensanliegen. Klasse, was das Team um Alexander Machacek aus Karsbach hier aufgebaut hat: Sie richten die alten

TOP ▲ ▼ FLOP DES MONATS

TOP: AUFTRAGSPUS

Die deutsche Industrie hat so viele Aufträge wie seit 2015 nicht mehr. Nach dem fünften Anstieg in Folge sind nun die Auftragsbücher wieder so gut gefüllt wie seit Beginn der Erhebung 2015. Verglichen mit dem Vorjahresmonat legten die Aufträge sogar um 9,3 Prozent zu, zuletzt gab es das im August 2022 als Nach-Corona-Effekt. Auch das prognostizierte Wirtschaftswachstum profitiert davon: Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken verdoppelte seine Wachstumsprognose für das deutsche Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr von 0,5 auf 1,0 Prozent. Immer noch nicht wirklich viel, aber die Richtung stimmt!

FLOP: SPITZEN-DISKUSSION

Dass ausgerechnet jetzt, nur wenige Wochen vor den Wahlen im Osten, in Teilen der SPD eine Debatte über unsere Bundesvorsitzenden losgetreten wurde, finde ich nicht richtig. Ja, wir müssen kritisch und konstruktiv darüber reden, wie die SPD in der Regierung vorkommt. Wo sie Zugeständnisse machen kann und wo nicht. Aber alles bei den Vorsitzenden abladen und glauben, dass mit einer neuen Spitze alles besser wird — das ist deutlich zu kurz gesprungen.



Bernd Rützel

Dampflokomotiven her und halten sie betriebsfähig. Und jede Lok hat ihre eigene Geschichte, so zum Beispiel die Dampflokomotive 23 058 die am 27.09.1975 den letzten planmäßigen dampfgeführten Personenzug der Deutschen Bundesbahn in Süddeutschland zwischen Lauda und Crailsheim bespannte. Oder die 50 622, die nach dem Ende des Dampfbetriebs im Jahr 1985 im Zuge des Jubiläums „150-Jahre Deutsche Eisenbahn“ wieder in Betrieb genommen wurde. Übrigens: Die Eisenbahnnostalgiker organisieren auch regelmäßig Dampflokfahrten, etwa durchs Wern- und Saaletal.

Herzlichen Dank für die Einladung, den Empfang und die Einblicke! Unlängst war in der Main-Post (hinter der Bezahlschranke) auch ein ausführlicher Artikel über den Würzburger Lokschuppen und die Truppe um Alexander Machacek: Einfach auf's Foto klicken.

KITA-START IN GEMÜNDEN

Spatenstich für neue Kita St. Martin in Gemünden. Wir bauen hier ein modernes Gebäude für 185 Kinder. Mitte 2027 ist die Inbetriebnahme geplant.



Privat

ZAHLE DES MONATS

727,9

Milliarden US-Dollar (rund 640 Milliarden Euro) investierten private und öffentliche Akteure in Deutschland im Jahr 2025 in immaterielle Vermögenswerte, darunter Forschung und Entwicklung, Software, Datenbanken sowie Marken und Designs. Das hat das Deutsche Patent- und Marken-

amt erst kürzlich veröffentlicht. Unter den in der Studie betrachteten Volkswirtschaften war diese Summe nur in den Vereinigten Staaten und in Japan höher. Die Zahlen zeigen: Ideen, Wissen und Innovationen sind zentrale Faktoren für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Und sie zeigen auch: Deutschland ist innovativer, als die Schlechtreder und Miesmacher uns weißmachen wollen.

LAURENZIMESSE



Bernd Rützel

Jedes Jahr um Maria Himmelfahrt findet die Laurenzmesse in Marktheidenfeld statt. Der Festzug ging wie immer von der Brauerei Martin durch die Innenstadt bis zum Festzelt am Main. Immer wieder schön - und immer wieder viele schöne Begegnungen.

ZWIEBELKIRCHWEIH

Seit 1647 pilgern die Würzburger zum Kreuzberg. 5 Tage und 170 Kilometern sind sie unterwegs. Am 24. August kommen sie zurück und werden in der Semmelstraße mit Blumen empfangen. Die SPD Würzburg macht dazu ihre Tore weit auf und Hunderte kommen auf eine Bratwurst und ein Bier vorbei.



Bernd Rützel

KALENDERBLATT



23.09.
1906

120 JAHRE MANNHEIMER ABKOMMEN

Am 23. September 1906 begann in Mannheim ein wegweisender SPD-Parteitag, der allerdings in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nie die Beachtung gefunden hat, die ihm gebührt: Denn im Mittelpunkt stand dort die Frage: Wie sollen Partei und Gewerkschaften zusammenarbeiten? Die Debatte über den politischen Massenstreik hatte die sozialdemokratische Bewegung beschäftigt. In Mannheim wurde ein wegweisender Kompromiss gefunden: SPD und Gewerkschaften sollten bei gemeinsamen Interessen zusammenarbeiten und ihr Vorgehen miteinander abstimmen. Das Mannheimer Abkommen war mehr als eine organisatorische Vereinbarung. Es war die Anerkennung, dass politische und gewerkschaftliche Arbeit unterschiedliche Aufgaben haben, aber ein gemeinsames Ziel verfolgen: bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und mehr soziale Gerechtigkeit. Die Gewerkschaften waren kein verlängerter Arm der Partei, sondern ein eigenständiger Partner.

Auch 120 Jahre später ist diese Erkenntnis aktuell: Gute Politik entsteht nicht allein in Parlamenten. Sie braucht die Verbindung zu den Menschen und ihrer Arbeitswelt. Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben unterschiedliche Rollen – aber sie teilen die Überzeugung: Fortschritt muss gemeinsam erkämpft werden.

Dafür stehe ich!

1. SPENDENLAUF IN HOHENROTH



Gute Gespräche, nette Menschen, Inklusion „at it's best"! Es war mir ein großes Vergnügen, beim SOS-Spendenlauf in der Dorfgemeinschaft Hohenroth die Siegerehrung durchzuführen. Zusammen mit der SOS-Regionalleitung-Süd, Maria Schwarzfischer, durfte ich die Sportlerinnen und Sportler, die für den guten Zweck ihre Runden absolvierten, ehren. Hobbyläufer, Walker, ambitionierte Sportskanonen, Bewohner und Gäste genossen die tolle Atmosphäre. Ich hoffe auf eine Wiederholung des Laufs im nächsten Jahr. Alle Teilnehmenden und Gäste sicher auch! Zum Abschluss der Veranstaltung gab es noch einen tollen Regenbogen!

ZWEI BÄCKEREIEN WERDEN EINS

Zwei Bäckereien – jetzt gemeinsam für noch mehr Genuss! Thomas Rüb aus Langenprozelten hat die Bäckerei Otter in Urspringen übernommen. Vielen herzlichen Dank für die Einladung zur Feier der Übernahme. Die Bäckereien Rüb und Otter stehen für

Familientradition und echtes Bäckerhandwerk, Qualität und vor allem: gutes Brot! So geht Bäckerhandwerk heute: innovativ und zukunftsfähig.



NEUE CHEFIN AUF BURG RIENECK

Sommerzeit ist auch die Zeit für gute Begegnungen. Auf Burg Rieneck habe ich mich mit Jane Suckale getroffen. Sie leitet seit nun einem Jahr die Pfadfinderburg. Die Übernachtungszahlen sind gestiegen und aus ganz Deutschland und Europa kommen die Gäste auf die über 1.000 Jahre alte Burg. Wir sprachen auch über Maßnahmen, die über das Denkmalprogramm des Bundes angestoßen werden könnten. Klar, dass ich mich für „meine“ Burg einsetze.



GASTBEITRAG

Büro Martina Fehlner



**VON MDL
MARTINA FEHLNER**

Landtagsabgeordnete
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost,
Main-Spessart und Miltenberg

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

beißender Geruch, getrübbte Sicht: Als 300.000 Quadratmeter Wald- und Wiesenfläche in Waldaschaff in Flammen standen, war dies über mehrere Landkreise hinweg wahrnehmbar. Weil ein Wohngebiet vom Feuer bedroht war, mussten viele Menschen ihre Häuser verlassen. In einem intensiven Einsatz ist es den 1.000 Feuerwehr- und Einsatzkräften schließlich gelungen, den Großbrand zu löschen.

Ein extremer Hitze- und Dürresommer hat vielerorts in Europa zu verheerenden Waldbränden geführt. 1.700 Feuer allein bis Mitte August haben inzwischen schon über eine halbe Million Hektar Flächen zerstört. Bilder von den gigantischen Feuerwalzen bei Bordeaux und Madrid oder von dem schwelenden Torfbrand im Naturpark Hohes Venn sind noch frisch im Gedächtnis. Es sind Bilder von Menschen in Panik, die aus ihrem Zuhause fliehen müssen, von verwüsteten Ländereien, zerstörter Natur und unbrauchbar gewordener Infrastruktur.

Dieser Sommer hat uns auf dramatische Weise vor Augen geführt: Der Klimawandel ist da, ganz konkret. Zudem erleben wir gerade, wie unzulänglich wir auch hier in Bayern vorbereitet sind.

Unsere mehr als 320.000 fast ausschließlich ehrenamtlich tätigen Feuerwehrleute leisten gerade in diesen Wochen Enormes. Doch damit sie den neuen Herausforderungen gewachsen sind, brauchen sie die entsprechende Ausstattung: moderne Fahrzeuge, leistungsfähige Löschtechnik und Drohnen sind notwendige Instrumente für eine zeitgemäße Brandbekämpfung. Für ein modernes Brandmanagement wäre zudem die Aufstellung einer Spezialeinheit, die bayernweit agiert und mit KI-gestützten Früherkennungssystemen, modernster Wärmebildtechnik und spezialisiertem Fachwissen zu digitalen Lagebildern ausgestattet ist, um Brände frühzeitig erkennen und unverzüglich handeln zu können, nötig.

Die bayerischen Landwirte leiden derzeit selbst besonders stark: Hitze und Dürre haben Ernten teilweise vernichtet, ganze Existenzen zerstört. Leider fallen immer wieder auch Viehbestände Stallbränden zum Opfer, was über einen besseren Brandschutz vielfach vermeidbar wäre. Auch hier steht die Staatsregierung in der Pflicht, mehr zu tun – etwa durch Förderprogramme für technische Nachrüstungen. Eine aktuelle Studie rechnet damit, dass sich die Fläche, die in Europa durch Waldbrände zerstört wird, bis zum Ende des Jahrhunderts verdreifachen könnte. Wir sollten nicht warten, bis diese Prognose Realität wird. Jetzt ist konsequentes Handeln gefragt.

Für bessere Klimaanpassungsstrategien und mehr Klimaschutz in Bayern setze ich mich mit meiner Arbeit im Landtag auch weiterhin mit Nachdruck ein.

Herzlichst, Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbüero@martina-fehlner.de